

26. Newsletter vom 19.12.10

Guten Tag liebe Leserin und lieber Leser,

Sie erhalten nun den **neuen** Newsletter der BiP, der in unregelmäßiger Reihenfolge erscheint. Verbesserungsvorschläge sind herzlich willkommen – ebenso Informationen Ihrerseits.



Viel Spaß beim Lesen.

Siegbert Bruders

+++++

Kooperationsvereinbarung 1. Teil

Die Mitgliederversammlungen der Grünen, der Linken und **der** SPD haben **die** Kooperationsvereinbarung bestätigt. Die SPD freut sich ganz besonders, sind doch ihre Projekte (Waterfront und Grünstrand) die einzig konkret genannten. Unterschrieben ist das Papier aber noch nicht – denn...

+++++

Kooperationsvereinbarung 2. Teil

... die Fraktion der Grünen fühlt sich an das Papier nicht gebunden. So ist es zwar in ihrem Namen ausgehandelt worden – aber eben nicht mit Ihnen. Dies hat zu schweren Verwerfungen innerhalb von Fraktion und Partei geführt – und hier ist das letzte Wort nicht gesprochen.

Die Partei muss schon alle Fraktionsmitglieder von dem Segen der Vereinbarung überzeugen um die notwendigen verlässlichen Mehrheiten in der Bürgerschaft sicher zu stellen. Ob dies gelingt ist mehr als ungewiss. Am Montag, den 20.12.10 wird es eine Treffen hierzu geben in dem versucht wird strittige Punkte zu klären.

+++++

Und nun? 1. Teil

Zunächst erst einmal ein paar Feststellungen:

1. Es gibt eine bürgerliche Mehrheit für Waterfront
2. Fachliche Argumente, egal wer sie vortrug, haben die Politiker nicht überzeugt
- 3. Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes wurde nicht beachtet**
4. Man will sich nicht mehr mit Waterfront beschäftigen
5. Die Verwaltung erzählt oft Märchen und lullt die Politik ein...
6. ... das findet die Politik nur dann schlimm, wenn es auffällt. Gemäß dem Motto: Halb zog sie ihn - halb sank er hin.
7. Politik und Verwaltung gehen davon aus, dass das Problem Waterfront nun erledigt ist und wieder Ruhe einkehrt.
8. Die Annahme ist falsch!

+++++

Und nun? 2. Teil

Wir bedauern sehr, dass die Verwaltung immer noch annimmt, trotz mangelnder Bürgerbeteiligung könne man ein Projekt dieser Größenordnung durchsetzen. Das ist schwer angestaubtes Denken – aber war offensichtlich längere Zeit von Erfolg gekrönt.

Nun ist nicht erst seit Stuttgart 21 deutlich geworden, dass die Bürger sich nicht mehr alles vorsetzen lassen, was Politik und Verwaltung sich ausdenken – und das ist auch gut so. Zwar herrschen auf dem Priwall keine Stuttgarter Verhältnisse, dennoch gibt es die Parallele das auch hier Ignoranz (Politik) und Selbstinszenierung (Bauverwaltung) seitens der Stadt zu eigentlich vermeidbaren Dummheiten führen.

Statt frühzeitiger Bürgerbeteiligung geht man den Weg der gerichtlichen Auseinandersetzung – vielleicht in der Annahme die BiP würde einknicken - macht sie aber nicht. Versprochen.

Welche Optionen gibt es nun?

Herr Hollesen steigt aus? Warum sollte er? Soviel Fläche für sowenig Geld - zu Konditionen die keine andere Stadt so zu bieten hat. Selbst als Privatpark wäre das immer noch erstklassig.

Herr Hollesen findet keine Geldgeber? Nicht unwahrscheinlich, denn die allgemeine Wirtschaftslage ist für derartige Bauprojekte nicht günstig

Die Verwaltungsvorlagen (FNP und B-Plan) verlieren vor den Aufsichtsbehörden bzw. Gericht ? Eine sehr wahrscheinliche Option betrachtet man die unzureichenden Planungsunterlagen der Stadt und die [Lübecker Bau- und Rechtsamtsgeschichte](#). [was heißt das für den Leser ????](#)

Die Verwaltungsvorlage gewinnt vor den Gerichten? Nun ja, wir haben diese Option nur der Vollständigkeit halber aufgeführt, ohne ernsthaft eine Wertung vornehmen zu können.

Wir zitieren an dieser Stelle den Offenen Brief von Herrn Vögele und Herrn Hilpert vom 24.11.10:

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn man von der Frage absieht, ob das Priwall-Waterfrontprojekt zu groß ist und den Priwall auf Jahre hinaus baulich so dominiert, dass er seinen Charakter verliert – wenn man von der Frage absieht, ob der Priwall bei 3000 Betten und ebenso vielen Urlaubern noch ein attraktives Ferienzziel bleibt- dann gibt es keine schwerwiegenden Bedenken den Vertrag über das Waterfrontprojekt fortzusetzen. Es war die schwarze absolute Mehrheit in der Bürgerschaft, die das Projekt in den Jahren 2006 und folgende absegnete, so wie es uns heute mit Vertrag vom 31.1.2008 vorliegt.

Die Aussicht in jenen Jahren, dass das Wirtschaftswachstum so weitergehen würde, wie es auch Jahre zuvor der Fall war und die Gewissheit, dass das Waterfrontprojekt wirtschaftlich ein Erfolg sein wird, waren damals zu Recht kein Thema. Heute ist alles anders. Heute passt ein solches Projekt nicht mehr in die ökonomisch überschaubare Zukunft.

Das Waterfrontprojekt ist ein in Beton gegossenes und in Stein gemauertes Geschäfts- und Finanzierungskonzept. Aber man kann es über Jahrzehnte hinweg nicht mehr korrigieren. Es sei denn, man akzeptiert schon heute, dass man schon nach 30 Jahren oder früher Teile davon abreißt, wie das Aquatop.

Die Finanzkrise ist noch nicht überwunden. Wir können die ins Haus stehenden Währungsprobleme nicht abschätzen. Wir können über Jahre hinaus nicht wissen, wie das Waterfrontprojekt auf diese globalen Verwerfungen reagieren kann. Ganz abgesehen von den uns immer massiver ins Haus stehenden demografischen Änderungen und deren Folgen.

Es ist nicht einmal möglich, eine Prognose über das Schicksal von Waterfront am Markt für die nächsten 5 Jahre aufzustellen. Diese Großwetterlage beeinflusst unvorhersehbar das Verhalten von Käufern und damit das Finanzierungskonzept. Schon nach kurzer Zeit ist eine Zäsur bei den neuen Ferienhäuschen eingetreten. Ansprüche und Verhalten der Zielgruppen sind auf lange Sicht weniger kalkulierbar denn je zuvor.

Das Waterfrontprojekt muss gestoppt werden und die Fraktionen müssen den Mut aufbringen, den Weg der unübersehbaren Risiken zu verlassen. Es hat nichts mit Investorenfeindlichkeit zu tun,

wenn sich die Hansestadt Lübeck auch wie ein Unternehmer verhält, um auf einem anderen Wege zum Ziele zu kommen. Gegenseitige Vorwürfe dieser Art schaden der Stadt.

Der Priwall muss weiterentwickelt werden, und man kann das auch, wenn Waterfront nicht kommt.

Der Masterplan für den Priwall muss überarbeitet und für eine schrittweise Entwicklung konzipiert werden. Nur ein solches Vorgehen erlaubt es, auf die unvorhergesehenen Risiken zu reagieren und gegebenenfalls unvermeidbare Fehler zu korrigieren. Dieser neue Weg ist wie geschaffen, für die mittelständischen, regionalen Unternehmen, sich auf den Priwall persönlich zu engagieren und mit Augenmaß das zu tun, was gut ist für den Priwall.

Haben Sie daher den Mut, offen miteinander umzugehen und Ihre Sorgen offen auszusprechen. Diese haben sie kaum versteckt in Ihrem Kooperationsvertrag zu Papier gebracht. Haben Sie den Mut offen zu sagen: halt, Waterfront ist ein unkalkulierbares Risiko geworden. Sprechen sie offen aus, dass die Waterfrontverträge so nicht mehr zeitgemäß sind und neue Wege zur Entwicklung des Priwall auf den Tisch müssen. Die Entscheidung des Wirtschaftssenators, den Waterfrontvertrag an entscheidender Stelle ohne Bürgerschaftsbeschluss zu ändern, muss rückgängig gemacht werden. Hierin liegt der Einstieg in den Ausstieg.

Mit freundlichen Grüßen!

Manfred Hilpert, Priwall

Karl Erhard Vögele, Travemünde

Priwall und Travemünde, 24. November 2010

Die BiP kann sich dieser Einschätzung und den daraus resultierenden Konsequenzen nur anschließen. Das von der BiP vorgelegte Entwicklungskonzept berücksichtigt alle diese Punkte und ist auch aus diesem Grunde dem Waterfront – Konzept überlegen.

+++++

Ausblick 1. Teil

Die BiP wird natürlich auch in den nächsten Monaten und Jahren versuchen, politische Mehrheiten für ihr Konzept zu gewinnen.

Wir bleiben hierfür mit allen Parteien in Kontakt und werben für eine Lösung, die dem Priwall angemessen ist. Da, wie oben beschrieben, die Politik lieber nichts mehr von Waterfront hören möchte vermuten wir, dass erst wieder zum Wahlkampf oder bei ersten Gerichtsurteilen Offenheit für unser Anliegen herrschen wird. Aber wir lassen uns natürlich auch gerne eines besseren belehren

+++++

Ausblick 2. Teil

Im den nächsten 3 Monaten wird sich die BiP vor allem auf die noch stärkere Mobilisierung auf dem Priwall konzentrieren und die Aktion: „Priwall - Jetzt im Sonderangebot“ zur Einwerbung der Mittel für die rechtliche Auseinandersetzung beginnen.

Wir werden im Januar 2011 verstärkt in Travemünde werben und eine Infoveranstaltung zum geplanten Waterfront-Projekt durchführen.

FRAGE: Was soll das in der Umsetzung bedeuten, wann, wo, wer und warum, wir haben uns ja auf dem Ortsrat vorgestellt.

Im Februar 2011 folgt eine Bürgerversammlung auf dem Priwall zum Thema: Finanzierung des Entwicklungskonzeptes der BiP und kleinere Aktionen.

Diese Aktion finde ich sehr gut, zumal immer der Vorwurf der Nichtumsetzbarkeit des BIP – Konzeptes von der Politik kommt.

+++++

BI behutsame Priwallentwicklung e.V. (BiP)

TEK 1. Teil

Das touristische Entwicklungskonzept (TEK) der Hansestadt Lübeck empfiehlt von Seiten der Fachleute (dwif) eine behutsame Entwicklung für den Priwall. Waterfront hat bei den dezidierten Empfehlungen des TEK keinen Platz.

Das gefällt der Hansestadt nicht, also ändert sie das Konzept kurzerhand und schreibt das Gegenteil herein- was den Priwall betrifft. Nämlich – das hier prima so ein großes Projekt herpassen würde. Das wiederum gefällt der BiP nicht ...

TEK 2. Teil

... und wir lassen prüfen, ob dann die Promenade zum Beispiel überhaupt noch zuwendungsfähig durch das Land Schleswig – Holstein ist. Schließlich haben die wirklichen Fachleute ja etwas anderes gesagt, als es die Verwaltung hören möchte.

Eigeninteressen 1. Teil

Um die BiP zwielichtig erscheinen zu lassen werden gerne verschiedene Gerüchte verbreitet. Dieses geschieht zum Teil unbeabsichtigt durch Weitersagen von Gehörtem, häufiger jedoch dadurch, dass einzelne Personen gezielt etwas in die Welt setzen nach dem Motto: Irgendetwas wird schon hängen bleiben.

Unsere Bitte an die Leser: Wenn sie Fragen haben wenden Sie sich am Besten direkt an uns.

Vielleicht haben Sie ja auch noch Ideen, welche Eigeninteressen wir noch haben könnten, oder von welchen gehört? Wir kennen zurzeit nur die beiden unten genannten.

Eigeninteressen 2. Teil

Eigeninteresse Kohlenhof: Die BiP selber ist nicht klageberechtigt. Aus diesem Grund sprechen wir gezielt Einwohner an, die in unmittelbarer Nähe zum geplanten Waterfront Projekt leben. Hierzu gehören auch die Einwohner am Kohlenhof.

Eigeninteresse Passathafen: Nein, Herr Erdmann und Herr Bruders wollen keine Häuser am Passathafen kaufen.

Geld 1. Teil

Zur Finanzierung der gerichtlichen Auseinandersetzung um Waterfront benötigt die BiP etwa 14.000€. Durch die Aktion „Priwall - jetzt im Sonderangebot“ sollen ca. 10.000€ eingeworben werden. Wir lassen hierfür ein großes Bild herstellen und in **1000** Puzzlestücke zerlegen die dann für 10€ verkauft werden und gemeinsam voraussichtlich im März zusammengesetzt werden.

Geld 2. Teil

Der aktuelle Kontostand der BiP beträgt ca. 6.600,- € Hiervon sind ca 2400,--€ noch unter Vorbehalt.

Weihnachten 1. Teil

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns - ein spannendes vor uns. Viele von Ihnen standen uns mit Rat und Tat zur Seite, hierfür herzlichen Dank.

Wir wünschen Ihnen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr - und freuen uns darauf Sie im Januar wieder zu sehen

+++++

Weihnachten 2. Teil

Was macht ein Ostfriesen mit einer Kerze vor dem Spiegel? Er feiert den 2. Advent.

Brigitte wird mit dir noch darüber reden.

+++++